

Wörterbuch der Sozialpolitik [Erwin Caigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin]

Autor(en): **Spöndlin, Ruedi**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Intercura : eine Publikation des Geriatriischen Dienstes, des Stadtärztlichen Dienstes und der Psychiatrisch-Psychologischen Poliklinik der Stadt Zürich**

Band (Jahr): - **(2003-2004)**

Heft 84

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wörterbuch der Sozialpolitik

Erwin Caigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin (Hrsg.), Rotpunktverlag Zürich, ISBN 3-85869-253-0, 380 Seiten, Fr. 54.--

Das *Wörterbuch der Sozialpolitik* ist auf Initiative der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) entstanden. Die SVSP erhofft sich mit diesem Vorhaben – an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis – eine Bündelung des vorhandenen Wissens. Sie will mit dem Wörterbuch zu gezielter Reflexion und zum Wissens- und Erfahrungsaustausch in allen Bereichen der Sozialpolitik beitragen. Das konkrete Ergebnis dieser Arbeit ist also

- ein lange schon erwartetes *Arbeitsinstrument* für die interessierten Kreise; dazu gehören insbesondere Politikerinnen und Politiker, Fachleute des Sozial- und Gesundheitswesens, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, Dozentinnen und Dozenten sowie Studierende der Sozialwissenschaften, der Rechtswissenschaften, Mitarbeitende von Nichtregierungsorganisationen sowie interessierte Laien,
- die Verwirklichung und Festigung eines *Netzwerkes* von Fachleuten aus Theorie und Praxis der Sozialpolitik, welches das bereits bestehende Netzwerk in der lateinischen Schweiz ergänzt.

Die Sozialpolitik ist als Ganzes zu sehen. Diese Optik hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, denn es zeigt sich, dass eine segmentierte Betrachtungsweise nicht zu tragfähigen Lösungen sozialer Probleme führen kann. Es geht darum,

- die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen sozialen Fragen und Risiken zu erkennen, zu analysieren,
- sich interdisziplinär mit ihnen auseinander zu setzen, damit
- zu einer Gesamtschau der sozialen Sicherheit zu kommen und
- alle Beteiligten (Politik, Wissenschaft, Praxis) in die Suche nach innovativen Lösungen einzubeziehen.

Die Sozialpolitik betrifft alle Einwohnerinnen und Einwohner. Sie ist ein wesentlicher Teil der Gesellschaftspolitik. Die Einrichtungen der sozialen Sicherheit sind zu einem tragenden Element der modernen Gesellschaften geworden. Für die Auseinandersetzung mit einer derart komplexen Materie, wie es die soziale Sicherheit ist, wird das *Wörterbuch der Sozialpolitik* wertvolle Hilfe leisten.

Das *Wörterbuch der Sozialpolitik* vereinigt die Fachkompetenz und Erfahrung von 337 Autorinnen und Autoren sowie weiteren Beteiligten zu einem umfassenden Nachschlagewerk. Die Beiträge zu 758 Stichworten aus allen Gebieten der Sozialpolitik sind alphabetisch gegliedert. Am Ende jedes Beitrags stellen die *Verweise* wichtige Querverbindungen her; mit den *Literaturhinweisen* und der Angabe von *Internetseiten* wird die Vertiefung von Wissen vereinfacht. Eine Autorinnen- und Autorenliste sowie Aufstellungen mit wichtigster Fachliteratur und bedeutenden Fachzeitschriften am Schluss des Wörterbuchs erhöhen den Nutzen für die Lesenden.

Beispiele

Agismus

Die Diskriminierung einer Bevölkerungsgruppe aufgrund des Kriteriums Alter wird seit den 1960er-Jahren als Agismus (englisch ageism) definiert. Der Begriff wird vor allem zur Bezeichnung der weit verbreiteten negativen Voreingenommenheit gegenüber älteren Menschen verwendet. So werden ältere Menschen in Abhebung von jungen, leistungsorientierten Menschen vielfach nur negative Attribute zugeteilt (Abhängigkeit, Einsamkeit, körperlicher und geistiger Zerfall). Frühere Generationen kannten andere Altersbilder, die heute vorherrschenden sind weitgehend defizitorientiert. Diese Einschränkung hat Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Betroffenen, die sich – mangels positiver Alternativen – an den destruktiven Altersstereotypen orientieren und diese somit reproduzieren und verstärken. Agismus kann durch andere Diskriminierungsformen wie z.B. Sexismus oder Rassismus verstärkt werden.

Der Kampf gegen Agismus besteht in der Konstruktion, Unterstützung und Akzeptanz von ressourcenorientierten, permissiven Altersmodellen, die den vielfältigen individuellen Bedürfnissen der älteren Menschen gerecht

werden. Sie sollen, wie andere Bevölkerungsgruppen, die Möglichkeit zur selbstbestimmten Lebensführung haben (Wahl der sozialen Kontakte, der Sexualität, der Wohnform, der Freizeitgestaltung usw.).

Dominique Kern

Literatur

Robert N. Butler, „A Disease Called Ageism“ in: Journal of the American Geriatrics Society, Nr. 38, 1990, S. 178-190; - Pasqualina Perrig-Chiello, „Alt, zänkisch und kein bisschen weise? Fakten und Artefakten zum Älterwerden von Mann und Frau“, in: Medical Tribune Kolloquium – Wissenschaft für die Praxis, Nr. 20, 2000, S. 36-38; - Bernadette Puijalon, Jacqueline Trincaz, Le droit de vieillir, Fayard, Paris 2000.

Verweise

Alter – Diskriminierung

Zweiklassenmedizin

Zwei- oder Mehrklassenmedizin bedeutet, dass sich die Qualität der Gesundheitsversorgung je nach finanzieller Situation oder sozialem Status eines Menschen unterscheidet. In der Vergangenheit war eine Mehrklassenmedizin während Jahrhunderten bittere Realität. Und in vielen Teilen der Erde ist sie es heute noch. In der Schweiz und den anderen westeuropäischen Ländern besteht heute hingegen der politische Anspruch, keine Mehrklassenmedizin zu dulden. So steht in der schweizerischen Bundesverfassung (Art. 41 Abs. 1b): „Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass jede Person die für ihre Gesundheit notwendige Pflege erhält.“

Natürlich hat die soziale Lage eines Menschen auch hierzulande Auswirkungen auf seine Gesundheit. Etwas vereinfacht lässt sich sagen: je ärmer, desto kränker. Die Gesundheitsversorgung ist in der Schweiz hingegen recht gut organisiert. Die gesamte Bevölkerung gehört einer obligatorischen Krankenversicherung an, die für eine vollwertige Behandlung aufkommt. Die Spitäler kennen zwar drei Klassen, wovon zwei mit der obligatorischen Krankenversicherung allein nicht zugänglich sind. Die drei Spitalklassen unterscheiden sich jedoch im Wesentlichen nur hinsichtlich des Komforts. Die Qualität der medizinischen Versorgung ist auf allen Klassen grundsätzlich gleich. Somit haben wir in der Schweiz zwar

eine Mehrklassenmedizin hinsichtlich des Komforts, nicht aber in Bezug auf die Heilungs- und Überlebenschancen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass gewisse Privatkliniken nur mit einer speziellen Zusatzversicherung zugänglich sind. Die grösste medizinische Fachkompetenz ist nach wie vor in den öffentlichen Spitälern anzutreffen, die allen offen stehen.

Ruedi Spöndlin

Literatur

Ueli Mäder, Für eine solidarische Gesellschaft, Rotpunktverlag, Zürich 1999; - Ruedi Spöndlin, „Gibt es in der Schweiz eine Zweiklassenmedizin?“ in: Caritas, Sozialalmanach 2000, Caritas, Luzern, 2000, S. 133 ff.; Markus D. Zürcher, „Gibt es ein Anrecht auf maximale Versorgung?“ in: Soziale Medizin, Nr. 1, 2000; S. 41-43.

Verweise

Ethik – Gesundheitsversorgung (soziale Ungleichheit in der) – Grundversicherung (der Krankenversicherung) – Rationierung – Risikoselektion.

Das im Herbst 2003 erschienene *Wörterbuch der Sozialpolitik* ist auch unter www.svsp.ch online abrufbar.